

konservative, wirtschaftlich vom Neoliberalismus, kulturell vom katholischen Restaurationsgedanken bestimmte Vorausstellung des Westens aufzubauen, ist eine lebensgefährliche Illusion. Man muß leider befürchten, daß gewisse Kreise, nicht nur in der deutschen Politik, wo das mit parteiegoistischen Gründen zu erklären wäre, sondern auch im Lager der Alliierten, mit dem Gedanken spielen, die Sozialdemokratie durch unmögliche Zumutungen und durch mehr oder weniger sanften Druck so zu schwächen, daß sie der Realisierung der konservativen Restaurationsabsichten keinen ernststen Widerstand entgegensetzen könnte. Wir können hier nur warnen — und fest bleiben im Bewußtsein unserer Verantwortung gegenüber dem Ganzen.

*

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß die Haltung der Sozialdemokratie in den Bonner Beratungen keine Episode, sondern Teil einer umfassenden politischen Aufgabe ist, der Aufgabe nämlich, in Deutschland eine politische Kraft zu entwickeln, die unabhängig von regionalen Interessen und sektionellen Gesichtspunkten, unabhängig auch vom Kommando äußerer Kräfte den Willen von Millionen Deutschen zu einer echten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung verkörpert. Die Sozialdemokratie braucht dabei keineswegs an nationalistische Gefühle zu appellieren. Niemand braucht uns darüber zu belehren, wie leicht es ist, die negativen Elemente in Deutschland durch negative Parolen zeitweilig um sich zu scharen. Dieser Gefahr werden wir nicht zum Opfer fallen. Davor schützt uns unsere ganze Geschichte und unser europäisches Bewußtsein. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, den Deutschen durch ungeschminkte Darstellung der Wirklichkeit bei der Heranbildung eines klaren politischen Bewußtseins zu helfen. Das ist an sich schon eine schwierige Aufgabe angesichts der Verwirrung der Begriffe und der zahllosen falschen Frontstellungen, die unser Volk zerreißen. Sie wird erschwert durch die Hypothesen, die heute auf jeder politischen Tätigkeit lasten. Die Parteien sind im Deutschland von 1948 ein beliebtes Objekt der Kritik. Soweit sie diese Kritik durch Kurzsichtigkeit, Versagen vor praktischen Aufgaben oder andere menschliche Schwächen selbst verschuldet haben, müssen sie sich ihr entweder offen stellen oder die Konsequenzen tragen. Vor dieser Art Kritik hat sich die Sozialdemokratie nie gefürchtet, vor allem wenn sie aus ehrlicher Absicht und aus positivem gutem Willen entspringt. Etwas anders steht es mit den allgemeinen Angriffen auf das Parteiwesen, die heute üblich geworden sind. Es mag vielleicht dem geistigen Zustand unseres Volkes entsprechen, daß sich landauf, landab Kreise und Gruppen bilden, deren politische Hintergründe oft dunkel und deren Absichten ebenso unklar sind wie ihre Programme. An Heilsbotschaften und politischen Patentmedizinen leiden wir gerade jetzt keinen Mangel. Ihre Urheber übersehen, soweit sie überhaupt sehen wollen, in der Regel, daß der Kampf um die Durchsetzung politischer Ziele nicht mit der Veröffentlichung von Manifesten und mit der Gründung von „Unionen“ beginnt, sondern auf Kleinarbeit und Opferbereitschaft, auf stillem Wirken oft im Verborgenen und ohne öffentlichen Ruhm beruht. Sie übersehen außerdem, daß auch der Neuankömmling in der politischen Arena Deutschlands vor dieselben Probleme gestellt wird wie die angegriffenen Parteien. Soweit in dieser Gruppenbildung überhaupt eine Gefahr liegt, besteht sie darin, daß neben Scharlatanen auch manche echte politische Begabung zeitweilig gebunden und auf ein falsches Gleis gelenkt wird.

Größer ist die Gefahr, daß aus der zufälligen politischen Struktur Westdeutschlands Lösungen abgeleitet werden, die weder unseren Notwendigkeiten noch einem eindeutig ermittelten Mehrheitswillen unseres Volkes entsprechen. Unter diesem Gesichtspunkt muß das betrachtet werden, was jetzt in Westdeutschland geschieht. Die Sozialdemokratie kämpft auf diesem Boden nur mit ihrer halben Kraft. Sie ist durch die Spaltung Deutschlands und durch die in der Ostzone herrschende Unfreiheit um entscheidende Teile ihrer Kräfte reserven beraubt worden. Schon die gleichberechtigte Einbeziehung Berlins in eine Westlösung würde das Kräfteverhältnis zugunsten der Sozialdemokratie verschieben, und wie müßte es erst aussehen, wenn Mitteldeutschland, Thüringen und Sachsen, die einstigen Hochburgen der Sozialdemokratie, in freier Entscheidung am gesamtdeutschen Schicksal mitwirken könnten. Unsere Gegenspieler in Westdeutschland, vor allem die CDU, sind die Nutznießer dieser Schwächung der Sozialdemokratie. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß sie diese einmalige Gelegenheit auf allen Gebieten dazu benutzen wollen, ihre Auffassungen bei der Gestaltung unseres nationalen Lebens durchzusetzen. Wenn man überhaupt von parteiegoistischen Motiven sprechen kann, dann muß man sie bei denen suchen, die unter dem Vorwand, den Wünschen der Besatzungsmächte folgen zu wollen, ein Stück Beute in Sicherheit bringen möchten.

Das Bewußtsein dieser Tatbestände ist eines der Motive für den sozialdemokratischen Widerstand gegen Lösungen, die niemals aus einer freien Entscheidung des Volkes hervorgehen würden. Der Sozialdemokrat kann die Motive seiner politischen Gegenspieler auch dann achten, wenn er ihre praktischen Konsequenzen mit Entschiedenheit bekämpft. Eines aber werden wir uns trotz unserer Bereitschaft zur Toleranz nicht bestreiten lassen, die Ehrlichkeit unserer eigenen Motive, die unsere politische Haltung im einzelnen wie im großen bestimmen: Den Blick aufs Ganze, auf ein Deutschland, das durch seine demokratische und soziale Gesinnung den Anspruch erwirbt, ein gleichberechtigter Teil des künftigen Europas zu sein.

MAX COHEN-REUSS

Die große Furcht (Deutschland und Frankreich)

I.

Als ich in dieser Zeitschrift (in der Dezemberrnummer 1948) über das deutsch-französische Verhältnis sprach, wies ich darauf hin, daß die französische Politik mit der größten Hartnäckigkeit an der Internationalisierung der Ruhrindustrie festhalten werde. Sie hat inzwischen diese Forderung durchgesetzt: die Produktion des Ruhrgebiets wird, in allen ihren wichtigen Teilen, durch eine internationale Ruhrbehörde kontrolliert und, durch diese Kontrolle, wesentlich beeinflußt werden. Natürlich kann man heute noch nicht wissen, in welcher Weise diese internationale Behörde (die eng mit der Sicherheitskommission zur Kontrolle der Entwaffnung zusammenarbeiten soll) ihre Tätigkeit ausüben wird. Sie kann die deutscherseits ausgesprochenen pessimistischen Befürchtungen sowohl übertreffen wie auch weit hinter ihnen

zurückbleiben und zu einer sich ohne viel Reibungen vollziehenden Zusammenarbeit mit den deutschen Stellen führen. Beides ist möglich, und die (besonders in Großbritannien) grassierende Furcht vor der deutschen Konkurrenz auf den Weltmärkten könnte zu einem der Gesichtspunkte werden, der die Art der Kontrolle mehr oder minder stark beeinflusst. Es hat jedoch keinen Zweck, im Augenblick viel darüber zu reden. Man wird die Praxis abwarten und sodann sagen müssen, was nötig ist. Es ist jedoch wichtig, die in der Schwebe gebliebene Eigentumsfrage nicht aus dem Auge zu verlieren und sich bewußt zu sein, daß die Lösung dieser Frage eine der wichtigsten Aufgaben ist, die das hoffentlich bald zu wählende deutsche Parlament zu lösen hat.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Erledigung der Ruhrfrage der Besserung der deutsch-französischen Beziehungen nicht günstig gewesen ist. Man wird, leider, mit der Wahrscheinlichkeit rechnen müssen, daß die offizielle französische Politik sich der „Sozialisierung“ widersetzen und gegen die Überführung der Schlüsselindustrien der Ruhr in den Besitz irgendwelcher „Kollektivität“ Einspruch erheben wird. Im November 1948 ist das bereits in der Kommission für auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung geschehen, und der jetzige Außenminister, *Robert Schuman*, hat, nach einem Bericht der Pariser Zeitung „*Le Monde*“ vom 23. November 1948, in einer bei der Feier der vierjährigen Wiederkehr der Befreiung der Stadt Metz gehaltenen Rede sich dieser Auffassung angeschlossen. Er hat sich zwar ziemlich vorsichtig ausgedrückt und gesagt, daß „*dieses einzigartige Arsenal niemals einer zentralisierten deutschen Regierung gehören dürfe*“. Wenn man mit dieser Definierung auch allerhand anfangen kann, so wird es kaum zulässig sein, die zukünftige deutsche Bundesregierung als „zentralistisch“ zu bezeichnen. Gerade das haben die drei in Washington versammelten Außenminister verhindert, als sie jene Botschaft an den Parlamentarischen Rat nach Bonn sandten, obwohl das beschlossene Kompromiß bereits weitgehend föderalistisch war.

Es wird in dieser Frage von der Stellungnahme der französischen Nationalversammlung abhängen, ob die Regierung sich gegen eine vom deutschen Parlament beschlossene *Sozialisierung der Ruhrindustrie* wendet. Mit einer *ablehnenden Haltung der Kammer* wird man rechnen müssen, nachdem sogar das Comité Directeur der S.F.I.O. jenen merkwürdigen Beschluß gefaßt hat, den der „*Populaire*“ am 25. Februar veröffentlichte. Dieser Beschluß ist so wichtig, daß die entscheidende Stelle hier wörtlich wiedergegeben sei; sie lautet folgendermaßen: „Die S.F.I.O. hat in der Internationalisierung des Eigentums selbst der Reichtümer der Ruhr, seiner Kohlenbergwerke und seiner Eisen- und Stahlwerke immer die wirksamste, an Zukunftsaussichten reichste Lösung gesehen, im Hinblick auf eine vollkommene Umänderung der Form des Eigentums für die Gesamtheit der Rohstoffe und der Schwerindustrie im europäischen, ja sogar im Rahmen der ganzen Welt.“ Die französischen Sozialisten vertreten natürlich keineswegs diese Auffassung; das geht auch aus der Formulierung des zitierten Beschlusses hervor, daß diese „Internationalisierung des Eigentums“ sich auf Deutschland beschränken soll. Sie sind, wie sich das bei der Diskussion über die Kontrolle der Ruhr gezeigt hat, Anhänger der These vom „ersten Schritt“, dem sodann die weiteren Schritte, im europäischen Rahmen, folgen sollen. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich dieser Meinung nicht anschließen können und gegen den

„ersten Schritt“ auf deutschem Boden protestiert. Sie hat nichts gegen eine Internationalisierung der gesamteuropäischen Schlüsselindustrien einzuwenden, ist jedoch mehr als skeptisch mit Bezug auf die günstige Wirkung, die der in Deutschland begonnene erste Schritt für die europäische Fortsetzung haben werde. Diese Skepsis ist vollauf berechtigt. Nichts von alledem, was bisher geschehen ist, läßt die Deutung zu, daß die beteiligten Regierungen den Wunsch hätten, das, was für die deutsche Ruhrindustrie bestimmt wurde, auf die übrigen europäischen Unternehmen der gleichen Art auszudehnen. Wenn sie auch nur die geringste Absicht in dieser Beziehung gehabt hätten, so würden sie sie bei der Regelung der Ruhrkontrolle öffentlich ausgesprochen haben. Der Fortsetzung dieses Weges, vor allem jedoch, wenn es sich nicht nur um die internationale Kontrolle, sondern um die *Internationalisierung des Eigentums* handelt, stehen die größten Schwierigkeiten entgegen, und es ist nicht anzunehmen, daß zum Beispiel Großbritannien die Neigung habe, auch nur das geringste seines nationalen Eigentums auf dem Altar Europas zu opfern, am wenigsten seine Schwerindustrie.

Man wird es daher den deutschen Sozialdemokraten nicht verargen können, wenn sie der Meinung sind, daß den französischen Genossen, denen wir für ihre aufrichtige internationale sozialistische Haltung uns gegenüber stets dankbar sein werden, ein wirklicher Trugschluß unterlaufen ist. Er könnte, wenn er in die Tat umgesetzt würde, sehr gefährliche Folgen haben. *Die Internationalisierung der Reichtümer der Ruhr würde praktisch ihre Auslieferung an den internationalen Kapitalismus bedeuten*. Es gibt weit und breit, weder in Amerika noch in Europa, keine sozialistischen Nationen, und man wird ruhig sagen dürfen, daß auch Großbritannien und die übrigen europäischen Länder, die von sozialistischen Regierungen geführt werden, ihrem wesentlichen Charakter nach kapitalistische Länder geblieben sind. Die deutsche Sozialdemokratie wird alles aufbieten, damit die Reichtümer der Ruhr aus dem bisherigen Privatbesitz in den Gemeinbesitz des deutschen Volkes überführt werden, damit sie, ein für alle Male, nur noch friedlichen Zwecken dienstbar gemacht werden können.

II.

Diese Ausführungen über eine für die Zukunft des deutschen Volkes besonders bedeutsame Angelegenheit, deren Regelung, wie sie auch erfolgen mag, schwerwiegende Wirkungen haben wird, zeigen, was noch alles zu tun bleibt, damit eine ernsthafte deutsch-französische Annäherung erreicht wird. Sie könnte am besten (das ist bereits eine Binsenwahrheit geworden) im Rahmen allgemeiner europäischer Zusammenarbeit in die Praxis umgesetzt werden. Diese Zusammenarbeit jedoch steht keineswegs bereits vor der Tür. Die zu überwindenden Schwierigkeiten sind sehr groß. Aber eines ist geblie-

*Z*wiefel muß nichts weiter sein als Wachsamkeit, sonst kann er gefährlich werden.

G. CHR. LICHTENBERG

ben wie es früher war. Eine echte und enge europäische Zusammenarbeit kann nicht ohne eine Aussöhnung und freundschaftliche Annäherung Deutschlands und Frankreichs erfolgen. Diese ist jedoch, auch den heißesten Wünschen der Einsichten auf beiden Seiten zum Trotz, ein Werk von längerer Dauer, als es manchem heute scheinen mag. Natürlich darf nichts unterlassen werden, was diese Annäherung fördern könnte. Man wird sich in Deutschland auch durch die schmerzlichsten Tagesereignisse und durch französische politische Entscheidungen, die man als gegen die deutschen Interessen gerichtet empfindet, nicht beirren lassen dürfen. Das Ziel darf nie aus dem Auge verloren werden, und man wird vieles herunterzuschlucken müssen, was nur schwer verdaulich ist. Die Franzosen haben es auch gemußt. Fast fünf lange Kriegsjahre hindurch. Es ist immer nützlich, von Zeit zu Zeit hieran zu erinnern. Trotz alledem bleibt die Aufgabe bestehen, die unheilvolle Erbschaft des letzten Krieges zu liquidieren, politisch sowohl wie wirtschaftlich. Eine wirkliche Liquidation ist ohne die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung nicht möglich. Es ist das begreifliche Bestreben Deutschlands, sie in nicht zu ferner Frist zu erlangen. Gerade das indessen wird nicht möglich sein. Dieser baldigen Gleichberechtigung widersetzt sich nicht nur Frankreich, sondern auch Großbritannien. Auch Großbritannien ist entschlossen, den durch den Sieg errungenen Vorrang vor Deutschland, den politischen wie den wirtschaftlichen, möglichst lange zu behalten. In dieser Beziehung arbeiten beide Länder Hand in Hand, auch wenn sich, im einzelnen Meinungsverschiedenheiten zeigen. Der Grundsatz, Deutschland so schnell nicht wieder hochkommen zu lassen, besteht bei beiden. Er wird vielleicht sogar (bestimmt auf wirtschaftlichem Gebiet) von Großbritannien noch stärker vertreten als von Frankreich, das, als kontinentaleuropäische Macht und als stärkster Befürworter des europäischen Zusammenschlusses, genau weiß, daß dieser ohne die Teilnahme Deutschlands ein frommer Wunsch bleibt. Die Franzosen bestreiten daher die Notwendigkeit der deutsch-französischen Annäherung ebensowenig wie ihre Möglichkeit. Sie wissen sehr wohl, daß eine Verneinung der deutsch-französischen Zusammenarbeit einer Verneinung Europas gleichkäme. Aber sie wollen langsam vorwärts gehen, von Etappe zu Etappe, und gleichzeitig Schutzvorrichtungen schaffen, die sie vor etwaigen Überraschungen schützen sollen. All das muß man wissen und berücksichtigen, wenn man, als Deutscher, für die Verständigung der beiden Nachbarvölker eintritt. Man wird sich dann sowohl vor Illusionen hüten und auch die Flinte nicht ins Korn werfen, wenn durch die komplizierte Vielfalt der Dinge neue Schwierigkeiten entstehen, die, scheinbar, das ganze Werk über den Haufen werfen.

III.

Solche Schwierigkeiten sind in der Ruhrfrage vorhanden und, neuerdings, bei der Gestaltung des provisorischen deutschen Grundgesetzes aufgetaucht. Frankreich hält an einer stark föderalistischen Grundlage der deutschen Verfassung fest und wird dabei von den Vereinigten Staaten unterstützt, die annehmen, daß das, was sich bei ihnen daheim bewährt habe, auch für Deutschland nicht schlecht sein könne. Frankreich verspricht sich vom deutschen Föderalismus viel für seine Sicherheit. Die Gedankengänge, die maßgebende Kreise darüber haben, lassen sich etwa folgendermaßen zusammenfassen. Ein aus einigermaßen selbständigen Einzelländern zusammengesetzter Bundesstaat ist für Angriffszwecke viel schwerer zu benutzen als ein

Staat mit starker Zentralgewalt. Wenn ein Angriff in absehbarer Zeit zwar auch von einer stark zentralisierten Macht nicht befürchtet zu werden braucht, sofern die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Europa normal verläuft, so gibt es in Europa dennoch eine ganze Reihe nicht sicher abschätzbarer Faktoren, die von einer sorgsam geführten französischen Außenpolitik nicht vernachlässigt werden dürfen. Da ist im Osten die Sowjetunion, die kein Mittel unversucht lassen wird, Deutschland auf ihre Seite zu ziehen. Es ist zwar nicht sehr wahrscheinlich, daß sie damit Erfolg hat, aber die Möglichkeit kann nicht vollständig außer acht gelassen werden, besonders nicht für eine spätere Zukunft, die Frankreich auch ins Auge fassen muß. Wie wird das deutsche Volk sich stellen, wenn, eines Tages, in einer großen Wirtschaftskrise, die Zahl der Arbeitslosen in die Millionen geht, wie das in den kritischen Zeitpunkten der Weimarer Republik der Fall war? Würde es dann nicht einem neuen Rattenfänger, der das Sowjetheil predigte, zur Beute fallen und den Anschluß an Rußland vollziehen? Dieser Anschluß wäre von einer starken Zentralgewalt wesentlich leichter zu bewerkstelligen als in einer Republik mit stark föderalistischer Grundlage, wie die Franzosen sie fordern.

Gegen eine solche Argumentation ist, wenn man sich ihr erst einmal ganz ergeben hat, sehr wenig auszurichten. Und der Hinweis, daß Deutschland sich selbst aufgäbe, wenn es den Weg nach Sowjetrußland ginge, wird zwar als richtig anerkannt, aber man glaubt, daß eine solche Selbstaufgabe in Kauf genommen würde, wenn sie dem deutschen Volke mit jener geschickten Propaganda eingetrichtert würde, wie das durch die Nazis geschah. — Man sieht, wie der Sicherheitsgedanke eine neue Form gefunden hat, die mindestens ebenso wirksam ist wie die alte, die, wie es scheint, allmählich aufgegeben und zum alten Eisen geworfen wird. Man übersieht geflissentlich dabei, daß der Westen es in der Hand hat, einen Abmarsch Deutschlands nach Sowjetrußland dadurch zu verhindern, indem er ihm durch enge Zusammenarbeit jene Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten einräumt, für die nicht nur die Deutschen selber, sondern auch eine große Anzahl einsichtiger Franzosen eintreten. Dafür zu wirken wäre die Aufgabe einer wirklich europäisch eingestellten französischen Außenpolitik. Nur sie kann wahrhaft konstruktiv genannt werden, und ihre Durchführung würde durch die geistige Einstellung fast der Gesamtbevölkerung der drei Westzonen außerordentlich erleichtert. Besonders durch die Arbeiterklasse, die zwar entschieden links, aber durchaus antisowjetisch gerichtet ist. Diese Tatsachen haben eine reale Bedeutung nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft, wenn man sie in die Überlegungen einer auf die Erhaltung des Friedens gerichteten europäischen Politik der Westmächte fest einbezüge. Das ist vor allem jetzt, nach dem Abschluß des Atlantikpakts, der Fall. Er hat zwar keine neue Situation geschaffen. Aber er ist der deutliche Ausdruck einer Lage, die sich durch den Gegensatz des Westens zum Osten herausgebildet hat. Von ihm aus, und auf ihn gestützt, lassen sich die Fäden nach dem Osten eher wieder knüpfen als vordem. Es ist bezeichnend, daß, während diese Zeilen geschrieben werden, die Blätter voll sind von Mitteilungen über neue Verständigungsversuche zwischen Ost und West. Deutschland kann, auch wenn es staatlich wiedererstanden ist, an diesen Versuchen aktiv nicht teilnehmen; es ist jedoch, durch seine geographische Lage und durch die Arbeit, die es zu leisten vermag, einer der Hauptfaktoren im europäischen Spiel. Das springt, nach

dem Paktabluß, geradezu in die Augen, und man könnte schon die Etappen für die Wiederherstellung seiner Gleichberechtigung etwas kürzer bemessen.

IV.

Ein kleiner Schritt auf diesem Wege ist nun durch den Erlaß des Besatzungsstatuts und durch die weniger schroffe Anwendung der Demontageverordnung erfolgt. Es handelt sich wirklich nur um einen kleinen Schritt, der längst nicht die Erwartungen erfüllt, die man in Deutschland gehegt hatte, aber ein Fortschritt ist es trotzdem. Die Produktions-Verbote und -Einschränkungen, die bestehen bleiben, sind bitter. Sie werden als ein weiterer Sicherheitsfaktor für den Westen angesehen, weil sie das deutsche Kriegspotential vermindern. Das ist nur ein Vorwand. Kontrolle der Ruhr, militärische Sicherheitskommissionen zur Verhinderung der Wiederbewaffnung, Zerstörung der eigentlichen Kriegsindustrien, föderative Staatsgrundlage zur Schwächung etwaiger Angriffsabsichten und schließlich noch Begrenzung gewisser Produktionsgebiete und das Verbot der Herstellung einer Anzahl von Erzeugnissen, die ebensogut friedlichen wie Kriegszwecken dienen können. *Ist das nicht ein wenig zuviel an Vorsichtsmaßnahmen gegen ein über-völkertes Land, das derart zugrunde gerichtet ist wie Deutschland?* Wenn man nur auf die Sicherheit gegen einen neuen deutschen Angriff bedacht wäre, so würde die Ruhrkontrolle und die Sicherheitskommission völlig ausreichen, und man könnte das deutsche Volk produzieren lassen, wieviel und was es wollte. Auch die beste Industriegewirtschaft ist nicht im Handumdrehen in eine Kriegswirtschaft umzuwandeln, wenn nicht, als Basis, eine gewisse Anzahl von Kriegswaffen-Industrien vorhanden sind und Waffen für den Krieg herstellen. Das aber können die beiden erwähnten Kontrollinstanzen verhindern. Man sage nicht, daß die Kontrolle nach dem ersten Weltkriege sich nicht bewährt habe. Warum hat sie sich nicht bewährt? Nun, weil sie nie (oder höchstens ganz im Anfang) richtig ausgeführt wurde. Wenn man sie jedoch richtig anwendet (was unter den heutigen Umständen sehr viel einfacher ist als nach Versailles), so ist sie ein vollkommen ausreichender Schutz gegen jeden zukünftigen Angriff. Es wäre logisch und vernünftig — als Konsequenz des Verbots jeder Herstellung von Kriegsmitteln — dem deutschen Volk die Herstellung aller friedlichen Zwecken dienenden Erzeugnisse zu erlauben, wenn man nur den Sicherheitsgedanken im Auge hätte. Dem ist jedoch nicht so. Das produktive Schaffen der Deutschen soll, so lange wie möglich, eingeschränkt werden, weil man ihre Konkurrenz auf den Weltmärkten unangenehm empfindet. Das ist es; es gibt keine andere stichhaltige Begründung für die von den Verbündeten beschlossenen Wirtschaftsmaßnahmen auf den verschiedenen Produktionsgebieten. Sie könnten, als Anordnungen, die von den Siegern dem Besiegten auferlegt werden, beim deutschen Volk verstanden werden. Aber man sollte das offen zugeben. Die wirklichen Beweggründe liegen so klar zutage, daß es wirklich nicht nötig wäre, sie mit Klauseln zu umgeben, an die weder ihre Verfasser noch jene glauben, denen man es zumutet. Die Methode der unrichtigen Deklarationen, die schwer verdauliche Dinge schmackhaft machen sollen, ist falsch. Auch psychologisch falsch, sie sind nicht dazu angetan, den demokratischen Geist zu fördern.

Der französische Außenminister, Robert Schuman, der ein durchaus aufgeschlossener Geist ist, Deutschland kennt und eine dauernde und wirkliche

Verständigung mit ihm begünstigt, hat vor seiner Abreise aus Washington verschiedene Erklärungen abgegeben, in denen er hervorhob, daß nach erfolgter Konstituierung des Deutschen Bundes und der Schaffung des Besatzungsstatuts, alles davon abhinge, wie die Verbündeten die ihnen vorbehaltenen Rechte ausübten. Das ist gewiß richtig, und der Minister weiß auch, daß die deutscherseits vorgebrachten Klagen die französische Zone stärker betrafen als die beiden anderen Zonen. Vielleicht wird das durch die Umgestaltung der Zonen und durch die Einsetzung einer Zivilverwaltung besser. Die in der französischen Zone begangenen Übergriffe gewisser Stellen waren in Frankreich nicht unbekannt, und es hat zahlreiche Franzosen gegeben, die für ihre Abstellung sich eingesetzt haben. Der Erfolg ist nicht sehr groß gewesen. Es wäre eine nützliche Aufgabe der in Zukunft maßgebenden Zivilverwaltung, wenn sie für eine Beseitigung der eingerissenen Übelstände sorgen würde. Der französische Außenminister, der in dem erwähnten Interview der Art der Ausübung bestehender Rechte eine große Bedeutung zumißt, hätte es in der Hand, für die vom Außenministerium abhängenden Dienststellen der neuen französischen Zivilverwaltung in Deutschland strenge Vorschriften über die Ausübung ihrer Befugnisse zu erlassen. Dadurch könnten sehr viele Unannehmlichkeiten beseitigt und ein wesentlich besseres Verhältnis zwischen den Organen der Besatzungsmacht und der Bevölkerung hergestellt werden. Bisher war es in der französischen Zone damit nicht zum Besten bestellt. Es wäre gut, wenn das in der neuen „Etappe“ anders würde. Der ausgezeichnete italienische Historiker *Guglielmo Ferrero*, dem wir eines der besten Werke über das alte Rom verdanken, hat 1840 in Paris ein Buch veröffentlicht, dem er den Titel „*Rekonstruktion*“ und den Untertitel „*Talleyrand in Wien*“ gegeben hat. Ferrero schildert in dieser Schrift das Auf und Ab des Wiener Kongresses, der in den Jahren 1814 bis 1815 berufen war, den europäischen Frieden wiederherzustellen. Ein Gedanke, dem Ferrero viele Seiten seines Buches gewidmet hat, ein „verhängnisvoller Gedanke“, spielte damals wie heute eine große Rolle: *die große Furcht vor dem Besiegten*. Der Besiegte war zu jener Zeit, nach den napoleonischen Kriegen, Frankreich, und die Auffassung, daß niedergehalten werden und an der Wiederaufnahme seiner Kriegspolitik gehindert werden müsse, stand monatelang im Vordergrund der Verhandlungen. Gegen diese Furcht wendet sich der italienische Historiker mit außerordentlicher Schärfe und zeigt, mit guten Argumenten und an vielen Beispielen, wie die Furcht vor dem Besiegten zu immer neuen und falschen Schlüssen führen müsse. Niemals könne die „große Furcht“, an der die Staatsmänner so leicht erkrankten, den dauernden und wahrhaften Frieden bringen. Sie zu überwinden und sie nicht zur Grundlage weitreichender politischer Entscheidungen zu machen, sei die Aufgabe der Staatsmänner. Man hat, in Wien damals, die „große Furcht“ überwunden. Wie wird es heute damit sein?

Es ist mit Meinungen, die man wagt, wie mit Steinen, die man voran im Brette bewegt: sie können geschlagen werden, aber sie haben ein Spiel eingeleitet, das gewonnen wird.

J. W. v. GOETHE

Sozialistische Monatshefte

Nr. 5 / 4. Jahrgang

Mai 1949

Preis DM —.50

Aus dem Inhalt: Erwin Schoettle: Mit dem Blick aufs Ganze / Max Cohen-Reuß: Die große Furcht (Deutschland und Frankreich) / Dr. Günther Harkort: Das Regime der Manager / Willi Lausen: Der entpolitisierte Beamte / Streifzug durch die Weltpolitik / Unter der Lupe